

tion erst klar, ist es der rot-grünen Regierung während ihrer sieben Jahre zumindest geglückt, einige Linien aufzuzeigen. Auffallend ist schon, dass keiner wirklich hinter 1998 zurück möchte. Merkwürdig kontrastiert das mit der Episodenhaftigkeit! Der Vorwurf gegen die Schröder-Koalition, sie habe ihre Politik nicht zureichend »begründet«, holt hingegen in besonderem Maße die Nachfolger ein. Weniger »Begründung« war selten als bei Angela Merkel, der Kanzlerin des »kleinen Formats«, der SMS-Botschaften, der Internet-Auftritte, der dahingeplauderten Sätze.

Ein »Projekt« wurde aus der rot-grünen Verbindung zwar nicht ausdrücklich, schon weil sich der Kanzler dem Gedan-

ken verweigerte. Die Pointe aber ist: Erst die Erfahrung der Jahre seit dem Herbst 2005, in dem Angela Merkel Kanzlerin wurde, macht deutlich, wie viel in dieser oft unterschätzten kleinen Koalition dennoch steckte. Freilich auch: wie viel Unausgeschöpftes. Heute dürfte das auch manchen von jenen einleuchten, die damals zu den leidenschaftlichen Kritikern zählten – sei es, weil sie fanden, die Rot-Grünen gingen bei ihren Reformoperationen nicht weit genug, oder sei es, weil sie sich an die Spitze der »Opfer« dieser Reformen stellten. Bleibt unter dem Strich: Ein bisschen nostalgisch also könnte man, zugegeben, beim Rückblick auf die »vergessenen sieben Jahre« durchaus werden.

Gespräch mit Hubertus Schmoldt

»Die SPD sollte die Nerven behalten«

Hubertus Schmoldt, geb. 1945, ist seit 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zur Agenda 2010 hat sich die IG BCE aber auch immer wieder für Korrekturen ausgesprochen, z.B. bei der Auszahlungsdauer von Arbeitslosengeld I. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Vor zehn Jahren begann die rot-grüne Koalition mit ihrer Arbeit. Was kommt einem profilierten deutschen Gewerkschafter in den Sinn, wenn er an den Verlauf dieser Regierung denkt?

Hubertus Schmoldt: Rot-Grün hat eine lange konservative Phase der Politik beendet, die Fenster aufgemacht und für frischen Wind gesorgt. Das war für die Gewerkschaften eine Art Neubeginn und Abkehr von einer verfehlten Politik, unter der vor allem die Arbeitnehmer gelitten haben, aber auch die Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Das war historisch gesehen ein Meilenstein.

Mit diesem Politikwechsel 1998 als Ereignis verbindet sich von daher natür-

lich deutlich Positives. Im Verlauf der Regierungszeit hat es dann aber das eine oder andere Unerfreuliche für die Gewerkschaften gegeben...

NG/FH: ...z.B. die *Agenda 2010*. Ist diese aus Sicht der Gewerkschaften ein unmotivierter Bruch mit der Geschichte sozialdemokratischer Gesellschafts- und Sozialpolitik oder doch ein wichtiger Modernisierungsschritt, der zwar wehtut, aber irgendwo auch verständlich ist? Wie wurde das von den Gewerkschaften bewertet?

Schmoldt: Nicht wenige Gewerkschafter halten die *Agenda 2010* für einen grundsätzlich falschen Ansatz. Ich sehe das differenzierter. Die Agenda umfasst ja weit

mehr als die vieldiskutierten vier, fünf sozialpolitischen Teile. Die allermeisten Punkte sind nicht strittig, wurden sogar von den Gewerkschaften gefordert. Leider hat sich jedoch die Diskussion auf eben jene sozialpolitischen Fragen fokussiert.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Kritik beispielsweise an der gekürzten Auszahlungsdauer des Arbeitslosengelds I war berechtigt und wurde von uns von Anfang an geteilt.

Der von einigen Gewerkschaften eingeschlagene Weg der Totalopposition war jedoch im Kern unpolitisch und musste scheitern.

Ich hätte mir eine stärker inhaltlich geführte Auseinandersetzung gewünscht. Die Chance für Korrekturen in Teilbereichen war da, blieb jedoch ungenutzt.

Dass unterdessen einige Neujustierungen vorgenommen worden sind, ist vor allem der Erfolg einer pragmatischen, sachorientierten Auseinandersetzung.

Was insgesamt in der gewerkschaftlichen Bewertung zu kurz gekommen ist, ist die Tatsache, dass Rot-Grün nach 16 Jahren konservativ-liberaler Regierungspolitik einen riesigen Reformstau aufzulösen hatte. Vieles musste verändert wer-

den im Land. Und einiges wurde dann ja auch auf den Weg gebracht.

Mit einem einfachen »Weiter so« waren die Dinge eben nicht zu regeln. Natürlich wäre das der bequemere Weg gewesen. Aber die Sozialdemokratie hat sich richtigerweise der Verantwortung gestellt und die notwendigen Reformen angepackt. Dass dabei auch manches weh getan hat und einiges nicht zu Ende gedacht war, soll nicht unter den Teppich gekehrt werden.

NG/FH: Ist mit der Entstehung der *Linkspartei* die Entfremdung zwischen einem Teil der Gewerkschaften und der SPD erst einmal auf Dauer gestellt oder sind durch die Versuche aus der Zeit von Kurt Beck, einige Punkte an der *Agenda* abzumildern, die Chancen für ein engeres Zusammengehen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie wieder gestiegen?

Schmoldt: Die Korrekturen tragen sicher dazu bei, entstandene Irritationen schrittweise zu überwinden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf zwei grundsätzliche Punkte hinweisen.

Zum einen ist die Gründung der *Linkspartei* von einigen Gewerkschaftern unter-

stützt worden mit dem Motiv, Druck auf die SPD auszuüben. Damit war die Hoffnung verbunden, die SPD wieder auf den vermeintlichen »Pfad der Tugend« zurückführen zu können.

Dass das dann, wenn sich eine solche Partei erst einmal etabliert hat, so einfach nicht geht, hat die Praxis gezeigt. Zumal dieser Vorstellung von vornherein ein naives Politikverständnis anhaftet.

Zum zweiten gibt es überall in Europa neben der Sozialdemokratie Linksparteien. Man kann also, was den linken Rand anbe-

Tendenz in Richtung einer rot-rot-grünen Koalition oder ist das eine offene Frage?

Schmoldt: Es hat inzwischen einige rot-rote Bündnisse auf Landesebene gegeben. Dabei muss man sich die jeweiligen Umstände und Rahmenbedingungen genau anschauen. In Ostdeutschland scheint das ja – wenn auch nicht immer störungsfrei – hier und da zu funktionieren.

Ganz anders bewerte ich die Situation in Hessen. Rot-Grün unter Duldung der Linkspartei wäre alles andere als ein ermu-

» Die SPD sollte die Nerven behalten – Populismus kann auf Dauer seriöse Politik nicht ersetzen. «

trifft, durchaus von einer Art Normalisierung sprechen. Als Volkspartei ist es für die Sozialdemokratie kaum möglich, das gesamte Spektrum von der Mitte bis linksaußen programmatisch stimmig abzudecken. Die SPD sollte also die Nerven behalten und sich nicht in einen Überbietungswettbewerb mit der Linkspartei begeben. Auch wenn die Parolen der Linkspartei hier und da auf fruchtbaren Boden fallen, es bleibt dabei: Populismus kann auf Dauer seriöse Politik nicht ersetzen.

Die SPD muss vielmehr deutlich sagen, was angesichts der Globalisierung noch geht, was nicht mehr geht und wie es weiter gehen soll. Das Leitprinzip der sozialen Gerechtigkeit gilt selbstverständlich nach wie vor. Das konkrete politische Handeln und Gestalten muss aber nicht zwingend den Mustern folgen, die vor 20, 30 Jahren angesagt waren.

NG/FH: Die deutschen Gewerkschaften sind zwar parteipolitisch neutral, aber nicht unpolitisch. Sie haben immer wieder Stellung genommen zu Fragen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, früher auch schon mal zu Koalitionskonstellationen. Mittlerweile ist die Unterstützung der *Linkspartei* in Teilen der Gewerkschaften sehr stark geworden. Folgt daraus auch eine

tigendes Signal und hätte bundespolitisch fatale Auswirkungen.

Dass es im Gewerkschaftslager dazu auch andere Einschätzungen gibt, ist kein Geheimnis. Ich sehe jedenfalls keine strukturelle linke Mehrheit im Bund, die Positionen sind schlicht zu unterschiedlich, um in einer Koalition zusammenkommen zu können.

Unabhängig von dieser Debatte werden die Gewerkschaften zur Bundestagswahl 2009 ihre programmatischen Kernaussagen formulieren müssen. Dabei geht es aus meiner Sicht nach wie vor um die gleichen schwierigen Themen, die schon die jüngere Vergangenheit dominiert haben und längst nicht geklärt sind: Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifautonomie, Bildungssystem, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit.

Da gibt es eine Fülle an Punkten, an denen wir die Parteien werden messen können. Zu beachten ist dabei, dass Parteien in Regierungsverantwortung sehr konkret bewertet werden können. Sehr genau zu überlegen wäre allerdings, inwieweit das Wahlprogramm einer populistisch agierenden Partei für bare Münze genommen werden kann. Mir wäre das eine zu dünne Grundlage für eine verantwortungsbewusste Entscheidung.